

# AiR Aktiv im **Ruhestand**

Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb  
November 2019 – 70. Jahrgang

11



Wohnen im Alter

## Zukunftskonzepte gesucht

Seite 5 <

Eine Frage an ...  
... Prof. Dipl.-Inf.  
Birgit Wilkes,  
Technische  
Hochschule  
Wildau

Seite 10 <

5. Seniorenpolitische  
Fachtagung 2019

mit  
dbb Seiten

# Wohnen bleibt Reizthema

59,6 Prozent der 70 bis 74-Jährigen wohnen 2019 im eigenen Haus oder in einer Eigentumswohnung. 40 Prozent sind Mieter und 3,2 Prozent leben in Wohngemeinschaften. Bei den über 75-Jährigen gestalten sich die Zahlen nach einer aktuellen Altbach-Analyse ähnlich. Während Eigentum im Alter in der Regel finanzielle Vorteile bringt, sagt die Wohnform allein aber noch nichts über die Wohnqualität aus. Im abgeschiedenen Hof auf dem Land kann sich der finanzielle Vorteil aufgrund schwacher Infrastrukturen relativieren. In ausgesprochenen Mieterstädten wie Berlin, Leipzig, Frankfurt am Main oder München und Stuttgart finden Seniorinnen und Senioren zwar gute Infrastrukturen vor, haben es aber mit hohen Mieten und hart umkämpften Wohnungsmärkten zu tun. Wie kann die Wohnsituation in der Stadt entzerrt werden? Welche Dienstleistungen sind auch in strukturschwachen Gebieten unerlässlich? Müssen sich Ältere von lieb gewonnenen Gewohnheiten verabschieden? Antworten auf diese Fragen versuchte die 5. Seniorenpolitische Fachtagung des dbb zu geben. Das Kurzfazit: Probleme und Defizite sind erkannt, schnelle Abhilfe wird es aber nicht geben. Das aktuelle AiR informiert über den Stand der gesellschaftlichen Diskussion. **br**

## Impressum:

**AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Dr. Walter Schmitz (sm), Christine Bonath (cri), Dominique Roth (dro), Micheal Eufinger (ef), Britta Ibal (iba), Dr. Frank Zitka (zit) und mit Material von deutsche journalisten dienste (djd). **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** © Colourbox.de. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserzuschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

**Bezugsbedingungen:** Nichtmitglieder bestellen in Textform beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 38,40 Euro zzgl. 6,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,30 Euro zzgl. 1,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte in Textform an den dbb verlag. Abbonementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

**Layout:** FDS, Geldern. **Gestaltung:** Daniel Reinemann. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Anzeigenverkauf:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 60 (dbb magazin) und Aktiv im Ruhestand Preisliste 48, gültig ab 1.10.2018.

**Druckauflage:** dbb magazin 589 649 Exemplare (IVW 2/2019). Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand 15 000 Exemplare (IVW 2/2019). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 1438-4841**



## > Schwerpunkt: Wohnen im Alter



4

### Aktuell

- > Pflegeheime: Realistischere Bewertung ist überfällig 4
- > Welttag der älteren Menschen: Ältere verdienen Respekt 4

### Nachgefragt

- > Prof. Dipl.-Inf. Birgit Wilkes, Technische Hochschule Wildau: Neue Finanzierungsmodelle für Assistenzsysteme sind gefragt 5

### Standpunkt

- > Ein Jahr neue Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung: Wider die Trägheit der Politik 6

### Aus den Ländern

- > dbb Landesseniorenvertretung Hamburg: Seniorenverbände müssen Kräfte bündeln 8
- > BRH NRW: Basisarbeit für alle 8

### Fachtagung

- > 5. Seniorenpolitische Fachtagung des dbb: Wohnen im Alter 10

### Brennpunkt

- > Selbstverteidigung für Senioren: Auf den Stock gekommen ... 14

### Aktuell

- > Seminar: Was tun, wenn der Pflegefall eintritt? 16

### Kompakt

- > Mobilität im Alter: Die Kehrseite des Pedelec-Booms 17

### Blickpunkt

- > Rückzug aus dem Berufsleben: Das Leben nach der Bombe 18

### Ernährung

- > Ernährung: Kampf dem Zucker 20

### Satire

22

### Buchtipps

23

### Gewinnspiel

24

### dbb

- > Anhörung im Bundestag: Besoldungsstruktur wird verbessert 25
- > Zukunft der Arbeit: Flexibilität und Sicherheit zusammen denken 30
- > Stuttgart 21: Arbeitsschutz auf der Hauptbahnhof-Großbaustelle: An einem Strang 32
- > vorgestellt – Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 42
- > interview  
Bertram Hörauf, Vorsitzender des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) 46



5



9



10



17



Ein Jahr neue Geschäftsführung der dbb bundessenorenvertretung

# Wider die Trägheit der Politik

Im August 2019 veröffentlichte der dbb die Ergebnisse der Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst, die die forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen in seinem Auftrag vorgenommen hatte. Danach ist nur rund ein Drittel der Bundesbürger (34 Prozent) der Ansicht, der Staat sei in der Lage, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Der Eindruck, der Staat sei angesichts der Fülle der Aufgaben und Probleme überfordert, überwiege hingegen (61 Prozent). Diese Einschätzung teilen die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes. Anders sehen dies die Beamten: In ihrer Mehrheit glauben sie, dass der Staat in der Lage sei, seine Aufgaben und Probleme zu lösen. Auffällig war in diesem Zusammenhang, dass die Zahl der Skeptiker bei den über 60-Jährigen noch größer war als bei den Bundesbürgern insgesamt.

Betonen möchte ich, dass die Unzufriedenheit der Befragten mit „dem Staat“ keinesfalls die Unzufriedenheit mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bedeutet. Warum beginne ich damit den Rückblick auf die ersten zwölf Monate der neuen Geschäftsführung der dbb bundessenorenvertretung? Die Antwort ist relativ einfach: In diesem Zeitraum führten wir zahlreiche Gespräche innerhalb und außerhalb des dbb, engagierten uns bei den die Einkommensrunde begleitenden Aktionen und setzten die erfolgreiche Arbeit

in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) fort.

Der prägende Eindruck aus all dem war und ist, dass Veränderungen nur sehr langsam möglich sind und das berühmte Bohren dicker Bretter erfordern. Anders

dafür einsetzen, dass dies auch in allen Bundesländern geschieht.

Weitere Themen unserer politischen Gespräche waren Pflege, Wohnen, Alterssicherung sowie der 7. Altenbericht zu Sorge und Mitverantwortung in der

dem wir uns auf der 5. Seniorenpolitischen Fachtagung intensiv auseinandergesetzt haben. Kompetente Mitwirkende haben den Blick für Alternativen zu herkömmlichen Wohnsituationen und kreative Lösungskonzepte, beispielsweise in der Frage der Mobilität auf dem Land, geöffnet.

Dieses Thema wird uns weiterhin beschäftigen, genauso wie das Zukunftsthema für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft: Digitalisierung. Es ärgert mich, dass wir Seniorinnen und Senioren, wenn überhaupt, allenfalls als Randgruppe in diesbezüglichen Diskussionen wahrgenommen werden. Beim Einsatz von künstlicher Intelligenz, beispielsweise in der Medizin oder der Pflege, sind wir jedoch überproportional betroffen. Als dbb bundessenorenvertretung werden wir dafür sorgen, dass die damit verbundenen Bedürfnisse und Ängste der älteren Menschen in der öffentlichen Diskussion und den politischen Entscheidungen zur Kenntnis genommen und berücksichtigt werden.

Es bleibt also für meine Kollegen und mich in der Geschäftsführung genug zu tun, und wir werden diese Arbeit mit großer Kollegialität und Teamgeist zusammen mit den kompetenten Kolleginnen und Kollegen des zuständigen Geschäftsbereichs im dbb fortsetzen.

**Horst Günther Klitzing,**  
Vorsitzender der dbb  
bundessenorenvertretung



> Horst Günther Klitzing

ausgedrückt: Bund, Länder und Kommunen verwalten mehr als sie gestalten, verharren mehr als nach vorne zu gehen, blicken mehr zurück als nach vorne.

In einem Punkt haben die hartnäckigen Forderungen von dbb bundessenorenvertretung und dbb erfreulicherweise zum Erfolg geführt: Die Mütterrente für vor 1992 geborene Kinder wird auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes systemgerecht übertragen. Wir werden uns weiterhin

Kommune. Die Brisanz der Pflegesituation ist erkannt, doch leider – wie so häufig – etwas spät. Was helfen die verständnisvollen und anerkennenden Worte den heutigen Pflegekräften, wenn beispielsweise auf unabsehbare Zeit weiter mit dem Fachkräftemangel gerechnet werden muss und eine deutliche Attraktivitätssteigerung dieses Berufs nicht zu erwarten ist.

Wohnen, vor allem auch Wohnen im Alter, ist ein vielschichtiges Thema, mit

## Seminar

# Was tun, wenn der Pflegefall eintritt?

Pflege, Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung standen im Fokus eines Seminars der dbb bundesseniorenvertretung, das in Kooperation mit der dbb akademie Mitte September 2019 im dbb forum siebenbirge in Königswinter-Thomasberg stattfand.



> Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars in Königswinter.

dbb Referent Jan-Oliver Krzywanek gab einen Überblick über die Leistungen der Pflegeversicherung für ambulante und stationäre Pflege und zeigte Möglichkeiten, wie diese miteinander kombiniert werden können. Weitere Themen waren die hohen Eigenanteile Betroffener bei der Unterbringung in einem Pflegeheim, der Umgang mit Demenzer-

krankten und der Einsatz ausländischer Pflegekräfte und Haushaltshilfen.

Zum Thema „Beihilfe im Pflegefall“ referierte Thilo Hommel. Der dbb Beihilfespezialist wies darauf hin, dass die Beihilfe nicht zum Kernbestand der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums gehört und damit Änderungen unterworfen sein kann.

Er erläuterte die Pflegestärkungsgesetze sowie deren Auswirkungen auf die Beihilfe des Bundes und empfahl Betroffenen, sich bei auftretender Pflegebedürftigkeit an Unternehmen wie die COMPASS-Pflegeberatung, MEDICPROOF oder an einen Pflegestützpunkt zu wenden.

Dr. Brigitte Daunicht von der MEDICPROOF GmbH

schilderte die mehrheitlich guten Erfahrungen mit dem neuen Begutachtungsverfahren. Es sei festzustellen, dass das Bewusstsein für das Thema „Pflege“ in der Bevölkerung deutlich ebenso wie die Zahl von Pflegeanträgen gestiegen seien.

Rechtsanwältin Nina Ahrend informierte über „gerichtliche Betreuung, Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung“ und erläuterte Voraussetzungen und Verfahren zur Einrichtung einer Betreuung. Bei der Vorsorgevollmacht handele es sich um ein Instrument, die eigene Zukunft auch für den Fall weitgehend selbst zu gestalten, dass man selber nicht mehr in der Lage ist, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Eine solche Vorsorgevollmacht sei nicht nur älteren, sondern auch jüngeren Menschen dringend zu empfehlen. Die Patientenverfügung müsse schriftlich verfasst und eigenhändig unterzeichnet oder notariell beglaubigt werden. Wichtig sei zu wissen, dass die Patientenverfügung jederzeit formlos widerrufen oder auch schriftlich geändert werden könne.

## > BAGSO und Verband Wohneigentum

### Umbauten besser fördern

Das Zuschussprogramm „Altersgerecht Umbauen“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ermöglicht Maßnahmen zur Reduzierung von Barrieren mit einem Zuschuss bis zu 6 250 Euro je Wohnung. Allerdings ist der Fördertopf für 2019 in Höhe von 75 Millionen Euro bereits ausgeschöpft, sodass keine Antragstellung mehr möglich ist.

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen und der Verband Wohneigentum (VWE) fordern daher, das Zuschussprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit sukzessiv stei-

genden, für das ganze Kalenderjahr ausreichenden Finanzmitteln auszustatten, wie es auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angedeutet wird.

„Die Mittel von 50 Millionen Euro haben 2016 zum Beispiel nur bis zur Jahresmitte gereicht. Für 2017 haben wir bereits gefordert, mindestens 100 Millionen Euro bereitzustellen. Und diese Summe sollte in den nächsten fünf Jahren kontinuierlich angehoben werden“, erinnert Manfred Jost, Präsident des Verband Wohneigentums. Vor allem ältere Eigenheimbesitzer überlegten sich einen Umbau gründlich

und nutzten dann lieber einen Zuschuss, als sich um ein Darlehen zu bemühen.

„Dieses erfolgreiche Zuschussprogramm, das den Bürgerinnen und Bürgern die Vorsorge erleichtert und hilft, die Zahl schwerer Stürze im Haushalt zu vermindern, muss gut ausgestattet und lückenlos verstetigt werden“, sagt BAGSO-Chef Franz Müntefering. Die BAGSO und der Verband Wohneigentum bieten an, weiterhin für die Vorsorge durch barrierearme Umgestaltung der eigenen Wohnung zu werben und auch auf die künftige Förderung hinzuweisen.